

Vorlage Federführende Dienststelle: Jugendamt Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: A 51/0010/WP15 Status: öffentlich AZ: Datum: 26.10.2004 Verfasser: Herr Drescher
Ausbildungspakt von Bundesregierung und Wirtschaft hier: Umsetzung und Auswirkungen	
Beratungsfolge: Datum Gremium 16.11.2004 Kinder- und Jugendausschuss	TOP: __

Finanzielle Auswirkungen:

Beschlussvorschlag:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Am 16. Juni 2004 unterzeichneten Bundesregierung und die Spitzenverbände der Wirtschaft den „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“. Ziel des Paktes ist es, in der „gemeinsamen gesellschaftlichen Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaft“ eine „Trendumkehr auf dem Ausbildungsmarkt“ zu erreichen und eine „deutliche Erhöhung der betrieblichen Ausbildungsleistung“ zu erzielen. Der Pakt beinhaltet auch eine verbindliche Verpflichtung, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Ausbildungsangebot zu unterbreiten. Ferner sollen auch Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen Perspektiven für einen Einstieg in die Berufsausbildung erhalten (soweit die Absicht).

Der Pakt beinhaltet folgende Eckpunkte:

I.) Gemeinsame Verpflichtungen von Wirtschaft und Regierung

- 1) die Wirtschaft wird in den nächsten 3 Jahren im Jahresdurchschnitt 30.000 neue Ausbildungsplätze einwerben
- 2) die Wirtschaft sagt zu, 25.000 betriebliche Plätze zur Durchführung von Einstiegsqualifizierungen ab 2004 bereitzustellen
- 3) die Bundesregierung erhöht die Ausbildungsplatzkapazität in der Bundesverwaltung um 20%
- 4) der Bund stellt die Fortführung des Bund-Länder-Ausbildungsprogrammes Ost in 2004 mit 14.000 Plätzen sicher

- 5) die ausbildungsfördernden Maßnahmen, insbesondere die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit werden 2004 in der Höhe des Vorjahres fortgesetzt
- 6) zur Optimierung des Vermittlungsprozesses sollen die Agenturen für Arbeit Callcenter einrichten, die die Aufrechterhaltung des Bewerberwunsches überprüfen. Ebenso soll mit diesem Instrument eine bessere Verbindung zu den Betrieben mit offenen Ausbildungsplätzen gewährleistet werden. Die Jugendlichen müssen die Aufrechterhaltung ihres Bewerberwunsches durch die Teilnahme an Kompetenzchecks dokumentieren, um für sie so die Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz intensivieren zu können.
- 7) Der Bund stockt die Fördermittel zum Programm STARegio um 50% auf

II.) Appell der Paktpartner an Länder und Gemeinden sowie

- 1) an alle weiteren Akteure vor Ort, ihre Initiativen und Maßnahmen uneingeschränkt fortzusetzen und
- 2) insbesondere als öffentliche Arbeitgeber und anderen öffentlichen Einrichtungen die Ausbildungsleistung deutlich zu steigern
- 3) bereits im Unterricht der allgemeinbildenden Schulen den Erfordernissen der Wirtschaft bzgl. der vorhandenen Schlüsselqualifikationen Rechnung zu tragen und die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss nachhaltig zu verringern.
- 4) die Kooperation von Betrieben mit berufsbildenden Schulen, überbetrieblichen Bildungsträgern und Berufsbildungsträgern allgemein und allgemeinbildenden Schulen zu verbessern

III) Appell an die Tarifpartner:

Die Partner des Paktes appellieren an die Tarifpartner, Anreize zur Ausbildung zu schaffen und Hindernisse abzubauen.

IV) Die Paktpartner engagieren sich gemeinsam

- 1) für eine Reform des Berufsbildungsgesetzes
- 2) für eine Modernisierung der Ausbildungsordnung, insbesondere im Dienstleistungs- und Informationstechnikbereich
- 3) sowie für weitere Stufenausbildungen, auch zur Erhöhung des Ausbildungsangebotes für benachteiligte Jugendliche

Umsetzung:

In NRW konnte bei der Umsetzung des Paktes auf die bewährten Strukturen des Ausbildungskonsenses zurückgegriffen werden.

Zu der Ausbildungssituation, wie sie sich am 30.09.04 und nach den Nachvermittlungsaktivitäten darstellt, wird in der Sitzung durch einen Vertreter der Agentur für Arbeit Aachen sowie durch den Koordinator des Ausbildungskonsenses berichtet werden.

An dieser Stelle können jedoch schon einige Ausführungen zur Umsetzung des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Aachen gemacht werden.

Im ersten Schritt führte die Agentur für Arbeit Aachen gemeinsam mit Betrieben, Einrichtungen und Bildungsträgern einen Informations- und Vermittlungstag durch. Ca. 800 Jugendliche aus dem Agenturbezirk nutzten das Angebot. Seitens der Agentur wurde eine große Resonanz im Hinblick auf die durchgeführten Beratungen festgestellt.

Im zweiten Schritt wurden im Vorfeld der beginnenden Nachvermittlungskaktionen im Juli die unversorgten Ausbildungsplatzbewerber zu sogenannten Kompetenzchecks eingeladen.

Dies war der Anfang der beginnenden gemeinsamen Nachvermittlungsbemühungen der IHK, der Handwerkskammer und der Arbeitsagentur Aachen. Seitens der Berufsberatung wird hier auch von einer erstaunlichen Inanspruchnahme gesprochen.

Am 24.09.04 liefen unter Federführung der IHK und als gemeinsame Aktion mit der HWK und der Agentur für Arbeit Aachen ,unter dem Stichwort Endspurtaktion, Beratungsgespräche und Vermittlungsangebote für noch ausbildungssuchende Jugendliche. Ca. 600 Jugendliche wurden eingeladen; ca. 50% erschienen.

Mitte Oktober richteten sich die weiteren Vermittlungsbemühungen an diejenigen, die zum 30.09.2004 per Definition als unversorgte Bewerber gelten – also die, die nicht durch schulische Angebote, berufsvorbereitende Maßnahmen etc. versorgt werden konnten. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch die Beauftragungen von Trägern zur Durchführung von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB´s) und Berufsausbildungen in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE`s).

Diese gemeinsame Aktion fand in der Arbeitsagentur am 12. und 13.10.2004 statt.

zu I.1):Einwerben zusätzlicher Ausbildungsplätze

Die beiden großen Kammern HWK und IHK, beschäftigen Ausbildungsstellenentwickler und – aquisiteure, deren Aufgabe die Erschließung zusätzlicher Ausbildungsplätze ist. Nicht zuletzt diese Aktivitäten führten dazu, dass die Zahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse nicht unerheblich gesteigert werden konnte (IHK +12%, HWK +3%). Darüber hinaus wurden mehr als 6.000 Betriebe im Kammerbezirk schriftlich, telefonisch oder persönlich zu dieser Thematik angesprochen.

Seit Oktober sind diese Kammern ebenfalls dabei, zusätzliche betriebliche Stellen für die Durchführung von Einstiegsqualifizierungen zu aquirieren. Es handelt sich hierbei um betriebliche Praktikumsplätze, für die die Arbeitsagenturen auf Antrag des Betriebes 192,- € zuzüglich der Sozialversicherungskosten für den Teilnehmer zahlen.

zu I.2):Bereitstellung von Plätzen für Einstiegsqualifizierungen

Im Bezirk der Agentur für Arbeit Aachen waren Ende Oktober ca. 50 EQJ-Stellen gemeldet

zu I.5):Ausbildungsfördernde und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Für den Bereich der Stadt Aachen wurden insgesamt 287 Berufsvorbereitungsplätze (ohne REHA) und 60 Ausbildungsplätze für Benachteiligte ausgeschrieben und vergeben. Die Zahl der Maßnahmeteilnehmer insgesamt in Aachen bewegt sich im Oktober 2004 in der Größenordnung von ca. 900 Teilnehmern, wobei allein in Teilzeitarbeitsbeschaffungsmaßnahmen, AsS und Jump Plus – Maßnahmen und in Ausbildung bei der städtischen Jugendberufshilfe derzeit 120 Jugendliche an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen. Auch damit wurden die Kapazitäten des Vorjahres wieder erhalten.

zu I.7):Aufstockung der Fördermittel für STARegio durch den Bund

Das Jugendamt hat gemeinsam mit dem Sozialwerk Aachener Christen einen erneuten Projektantrag für STARegio gestellt. Aufgrund der erhöhten Bundesmittel und der eingetretenen Veränderungen bzgl. der Fördervoraussetzungen wird ein positiver Bescheid von den Antragstellern erhofft.

zu II.2): Steigerung der Ausbildungsleistung öffentlicher Arbeitgeber

Die Stadt Aachen hat zum 01.09.2004 insgesamt 46 Auszubildende eingestellt (inkl. der Eigenbetriebe).

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass in Umsetzung eines einstimmigen Beschlusses des JHA aus Jugendhilfemitteln und finanzieller Beteiligung der Agentur für Arbeit Aachen 8 Tischlerlehrlinge in der Ausbildungswerkstatt der Jugendberufshilfe eingestellt werden konnten.

Für das Ausbildungsjahr 2005 hat der Fachbereich Personal- und Organisation im Hinblick auf die Umsetzung des Ausbildungspaktes Dienststellen aufgefordert, kostenneutral soweit möglich, weitere Ausbildungsmöglichkeiten zu prüfen und zur Ausschöpfung anzubieten.

Abschließend möchte die Verwaltung den Kinder- und Jugendausschuss explizit auf 2 Aussagen des Ausbildungspaktes aufmerksam machen:

„Wir setzen darauf, dass die Verantwortlichen in den Ländern und Kommunen diese Initiativen und Maßnahmen uneingeschränkt fortsetzen, weiter ausbauen und sich so in diesen Pakt einbringen.“

„Unsere Aufforderung zur Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätze richtet sich auch an Länder und Kommunen in ihrer Eigenschaft als öffentliche Arbeitgeber sowie an andere öffentliche Einrichtungen und Unternehmen sowie Kirchen und Verbände. Die deutliche Steigerung der Ausbildungsleistung aller muss Ziel unserer vereinten Anstrengung sein.“

(Dr. Erlenkämper